



Hauptausschuss

22. Sitzung (öffentlich)

9. November 2006

Düsseldorf - Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 13:30 Uhr

Vorsitz: Werner Jostmeier (CDU)

Protokollerstellung: Heike Niemeyer

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2007 (Haushaltsgesetz 2007)

5

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksachen 14/2300 und 14/2850

- abschließende Beratung und Abstimmung, auch über Änderungsanträge, Zuständigkeitsbereich des Hauptausschusses

Einzelplan 01 – (Landtag)

Einzelplan 02 – (Ministerpräsident)

- vgl. Vorlagen 14/651, 14/639, Erläuterungen EP 01, Vorlagen 14/681 und 14/682

Einzelplan 01 - Landtag

5

Der Ausschuss billigt den Einzelplan 01 einstimmig mit den Stimmen aller Fraktionen.

Einzelplan 02 - Ministerpräsident

5

Der Ausschuss billigt den Einzelplan 02 unverändert mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen.

**Bericht des Ministers für Bundes- und Europaangelegenheiten,
Michael Breuer, zur Kofinanzierung von EU-Mitteln**

12

2 Beziehungen des Landes Nordrhein-Westfalen zu den Niederlanden

15

- Gespräch und Gedankenaustausch mit einer Delegation der Zweiten Kammer des Niederländischen Parlaments und dem Generalkonsul des Königreichs der Niederlande

3 Landesvertretung NRW in Brüssel

22

Vorstellung des Dienststellenleiters der Vertretung des Landes bei der Europäischen Union, Herrn Hans H. Stein

Und:

**4 Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den Verfassungsschutz in
Nordrhein-Westfalen (Verfassungsschutzgesetz Nordrhein-Westfalen -
VSG NRW -)**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/2211

- Aussprache über die Ergebnisse der öffentlichen Anhörung des Hauptausschusses und des Innenausschusses vom 19. Oktober 2006

Der Ausschuss spricht sich mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen dafür aus, den Tagesordnungspunkt 4 „Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den Verfassungsschutz in Nordrhein-Westfalen (Verfassungsschutzgesetz Nordrhein-Westfalen - VSG NRW -), Gesetzentwurf der Landesregierung, Drucksache 14/2211“ heute nicht zu beraten.

- 5 Zweiter Probelauf des Subsidiaritätsnetzwerks des Ausschusses der Regionen (AdR)** 31
- vgl. Vorlagen 14/680, 14/721
- Aus dem Ausschuss erhebt sich kein Widerspruch dagegen, in die Stellungnahme das einvernehmlich Beschlossene aufzunehmen und davon abweichende Haltungen einzelner Fraktionen zu einzelnen Punkten als Minderheitenvotum gekennzeichnet anzufügen. Dieses Verfahren sollen die Obleute durchführen.
- 6 Verschiedenes** 33
- a) Informationsreise des Hauptausschusses nach Berlin anlässlich der Berlinale** 33
- b) Termin 5. Dezember 2006, 14 Uhr** 33
- c) Ankündigungen von Wolfram Kuschke (SPD)** 33

3 Landesvertretung NRW in Brüssel

Vorstellung des Dienststellenleiters der Vertretung des Landes bei der Europäischen Union, Herrn Hans H. Stein

Und:

4 Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den Verfassungsschutz in Nordrhein-Westfalen (Verfassungsschutzgesetz Nordrhein-Westfalen - VSG NRW -)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/2211

- Aussprache über die Ergebnisse der öffentlichen Anhörung des Hauptausschusses und des Innenausschusses vom 19. Oktober 2006

Vorsitzender Werner Jostmeier erinnert daran, dass vom Ausschuss bereits mehrfach geplant gewesen sei, den neuen Leiter der Landesvertretung in Brüssel in den Hauptausschuss einzuladen, verbunden stets mit dem Wunsch, über die Arbeit und Konzeption der Landesvertretung zu sprechen.

Der **Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten, Michael Breuer**, ruft das schon im Februar erfolgte Angebot der Landesregierung ins Gedächtnis, die Landesvertretung und deren neuen Leiter vorzustellen. Heute nun könnte diese Vorstellung ausführlich einschließlich eines Überblicks über die Arbeit der Landesvertretung anhand einer Powerpoint-Präsentation erfolgen. Möglich wäre es auch, heute die Frage nach den Aktivitäten der Landesregierung in Begleitung der deutschen EU-Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2007 zu beantworten.

Betreffend die Länge der Ausführungen weist der **Vorsitzende** darauf hin, dass aus seiner Sicht die Punkte 4 und 5 der Tagesordnung aufgrund der in den letzten Tagen hervorragenden Vorbereitung relativ schnell abgehandelt werden könnten.

Die **CDU-Fraktion** will nach den Worten von **Iika von Boeselager** von Herrn Stein zunächst einen Bericht über seine Arbeit entgegennehmen.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE) wendet ein, entsprechend der Tagesordnung habe sie sich auf die Vorstellung des Dienststellenleiters eingestellt, nicht aber auf eine längere Diskussion, zumal ihres Erachtens der Punkt 4, der verfassungsrechtliche Aspekte beinhaltet, einer ausgedehnten Beratung bedürfe.

Vorsitzender Werner Jostmeier räumt ein, mehr als die von Sylvia Löhrmann zitierte „Vorstellung“ weise die Tagesordnung nicht aus, doch wäre es, so meine er, immer Anliegen sämtlicher Fraktionen gewesen, im Rahmen des Themas „Landesvertretung“

nicht nur die Vorstellung des Herrn Stein stattfinden zu lassen, sondern weitere, die Landesvertretung tangierende Komplexe zu erörtern.

Ralf Witzel (FDP) schlägt vor, anzufangen, um dann verabredungsgemäß die Sitzung um 13 Uhr zu beenden.

Markus Töns (SPD) empfindet es als völlig unakzeptabel, sich nur mit Herrn Stein zu befassen, habe doch der Minister gerade endlich angeboten, das schon lange überfällige europapolitische Konzept zu präsentieren. Würde es dazu heute nicht kommen, sollte Minister Breuer das Konzept schriftlich einreichen und in der nächsten Sitzung für eine Diskussion zur Verfügung stehen.

Vorsitzender Werner Jostmeier hebt noch einmal hervor, es sei gerade der Wunsch der SPD-Fraktion gewesen, diesen Tagesordnungspunkt nicht nur zur Vorstellung des Herrn Stein zu nutzen.

Er empfehle, mit der Vorstellung zu beginnen und noch offene Fragen in der nächsten Sitzung zu diskutieren. Er gehe davon aus, dass sich die Landesregierung in der Lage sehe, den Abgeordneten bis zur nächsten Sitzung die angekündigte Powerpoint-Präsentation schriftlich zuzuleiten.

Hannelore Kraft (SPD) mahnt die Einhaltung der im Parlament grundsätzlich getroffenen Vereinbarung an, nach der Berichte der Landesregierung vorher schriftlich vorzuliegen hätten. Ihr scheine es nicht der richtige Weg, dass der Hauptausschuss die Berichte erst nach dem mündlichen Vortrag in schriftlicher Form erhalte.

Dr. Gerhard Papke (FDP) bezeichnet die Debatte als ein Stück weit absurd, denn: Auf der Einladung sei gar kein Bericht der Landesregierung angekündigt. Wenn der Europaminister dem Ausschuss freundlicherweise zusätzliche Informationen anbiete, sollte Hannelore Kraft dieses Angebot nicht so verdrehen, dass er diesen nicht in der Tagesordnung aufgeführten Bericht doch bitte schön vorher zu verteilen hätte.

Für **Wolfram Kuschke (SPD)** ist klar, dass es bei der Vorstellung des Dienststellenleiters der Vertretung des Landes bei der Europäischen Union nicht nur darum gehe, dessen Alter und Name zu erfahren, sondern etwas von seiner Arbeit zu hören. Und in diesem Sinne habe auch der Vorsitzende mehrfach darauf aufmerksam gemacht, dass der Tagesordnungspunkt breiter angelegt sein sollte. Die SPD-Fraktion bewege sich also im Spektrum der Vereinbarungen.

Auch die SPD-Fraktion werde bei Punkt 4 - Verfassungsschutz - noch Ausführungen machen wollen. Wenn dies bis 13 Uhr nicht zu schaffen sei, liefe es darauf hinaus, Herrn Stein nochmals einzuladen und dann unter anderem das insbesondere Ilka von Boeselager immer sehr am Herzen liegende Thema „Gebäude der Landesvertretung“ aufzugreifen.

Hans H. Stein, Dienststellenleiter der Vertretung des Landes bei der Europäischen Union, berichtet wie folgt:

Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Ich freue mich sehr, dass noch ein wenig Zeit für eine Vorstellung bleibt; insbesondere an einem Tag, an dem Sie zuvor ein Gespräch mit den Abgeordneten der Zweiten Kammer des niederländischen Parlaments geführt haben. Denn gerade auch in Brüssel ist für uns natürlich eine intensive Zusammenarbeit in europapolitischen Fragen mit den Partnerregionen aus den Niederlanden, aus Belgien, mit Schottland und mit anderen Regionen von ganz hoher Priorität.

Um in der Kürze der Zeit ein paar Fragen schnell und konzentriert abzuhandeln: Geboren bin ich am 27. Juni 1965 in Köln; mein Familienstand ist „ledig“.

Ich habe mich in meinen bisherigen beruflichen Positionen immer wieder in unterschiedlicher Intensität mit europapolitischen Fragen befasst:

ob als Geschäftsführer des Instituts für Wirtschaftspolitik an der Universität zu Köln - dort in erster Linie mit der europäischen Forschungs- und Technologiepolitik, die uns auch heute mit dem Start des 7. Forschungsrahmenprogramms stark beschäftigt - ,

danach als Mitarbeiter des damaligen wirtschafts- und mittelstandspolitischen Sprechers der FDP-Bundestagsfraktion, Paul Friedhoff,

oder in den letzten sechs Jahren als Bundesgeschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft Selbstständiger Unternehmer - ASU - mit Sitz in Berlin und zugleich in einer ehrenamtlichen Funktion als Generalsekretär des europäischen Familienunternehmerverbandes. Dort haben naturgemäß die Fragestellungen, die beim Vizepräsidenten der Kommission und Kommissar Günter Verheugen angesiedelt sind, die größte Bedeutung in meinem beruflichen Alltag gehabt. Die in Berlin, aber auch im Land geführte Diskussion beispielsweise um Erbschaftsteuer für Familienunternehmer haben damals der Familienunternehmerverband und die ASU zunächst national und dann auf europäischer Ebene mit angestoßen.

Zu den Schwerpunkten in den letzten Wochen:

Zielsetzung der Landesvertretung ist es, eine effiziente Vorfeldbeobachtung auf der europäischen Ebene zu leisten, gleichzeitig auf den europäischen Entscheidungsprozess Einfluss zu nehmen und darüber hinaus als Schaufenster Nordrhein-Westfalens zu fungieren.

Ich möchte ein paar Punkte erwähnen, wo bereits in der Vergangenheit einiges getan wurde, wo wir aber vielleicht künftig ein paar neue Akzente setzen wollen:

Networking heißt das eine große Stichwort. Insgesamt hat stattgefunden und findet auch heute ein regelmäßiger Meinungs austausch mit Vertretern der europäischen Institutionen statt, insbesondere aber auch den nationalen Experten aus Nordrhein-Westfalen, mit unseren regionalen Partnern, Unternehmen, Verbänden, allen gesellschaftlich relevanten Gruppierungen, Journalisten.

Wir haben, nachdem die Kommission ihr Legislativprogramm für das nächste Jahr vorgelegt hat, damit begonnen, in einen strukturierten Dialog mit anderen Partner-

regionen einzutreten. Dabei praktizieren wir in Brüssel nicht nur den Verbund mit anderen Bundesländern, sondern setzen uns im Rahmen einer Lobbyingstrategie insbesondere mit den Kollegen aus Flandern, aus den Niederlanden, mit den Schotten - das ist der Auftakt - in Klausuren zusammen, arbeiten das Legislativprogramm der Kommission auf Gemeinsamkeiten hin durch und legen danach ein abgestimmtes Verhalten im Rahmen des Lobbying, im Rahmen der Einflussnahme fest.

Wichtiger Kernbestandteil der Lobbyingmaßnahmen ist die regelmäßige Präsenz der Landesregierung in Brüssel.

Ich freue mich sehr, dass in diesem Jahr nicht nur - diesmal am 28. März, also am Ende des ersten Monats, den ich mich für das Land in Brüssel engagieren durfte - die auswärtige Kabinettsitzung und der Jahresempfang des Ministerpräsidenten in guter Tradition in Brüssel stattgefunden haben - den Bayern ist es gelungen, die Tatsache, dass sie in diesem Jahr zum ersten Mal in Brüssel getagt haben, gut zu vermarkten -, sondern darüber hinaus bislang in diesem Jahr die Leitungsklausuren des Ministeriums für Wirtschaft, Mittelstand und Energie, des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales, des Ministeriums für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, des Ministeriums für Generationen, Familie, Frauen und Integration und des Justizministeriums in Brüssel durchgeführt worden sind. Die Leitungsklausur des Innenministers ist für den 22. und 23. November vorgesehen und organisiert.

Bei allen Leitungsklausuren - dabei handelt es sich um die Zusammenkunft der Leitungsspitzen des Hauses mit den jeweiligen Abteilungs- und Referatsleitern - ist es unser Bestreben, den direkten Kontakt zwischen der nordrhein-westfälischen Regierungsebene und den entsprechenden Kommissaren, den Generaldirektoren und Fachleuten auf der Arbeitsebene in der Kommission herzustellen. Es steht auch für die Leitungsklausur des Innenministers, wie für alle anderen Leitungsklausuren in der Vergangenheit auch geschehen, eine Vielzahl hochkarätiger Gespräche an.

Das sehr wichtige Thema „regionale Strukturpolitik“ ist schon erwähnt worden. Dasselbe gilt für die EFRE-Mittel. Von hoher Bedeutung war das Gespräch, welches der Ministerpräsident am Rande der auswärtigen Kabinettsitzung mit dem Kommissionspräsidenten zu diesem Thema geführt hat. Denn letztlich ist es im Rahmen dieses sowie der vor- und nachbereitenden Gespräche letztendlich gelungen, dass die Vorstellungen des Landes auch bei der europäischen Strukturverordnung umgesetzt werden konnten. Denken Sie unter anderem an die Stichworte „private Kofinanzierung“ und an den wettbewerbsorientierten Ansatz bei der Auswahl der Projekte, die dann in den Genuss der regionalen Strukturförderung kommen. Dies alles findet in Brüssel bei der Kommission sehr großen Anklang.

Wir werden am 20. November auf Einladung des Ministers für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie eine Dienstbesprechung mit den Hochschulrektoren in Brüssel durchführen, bei der das Thema „Forschungsrahmenprogramm/mögliche Kooperationen auch mit anderen Partnern“ im Mittelpunkt stehen soll. Denn genauso wichtig wie es ist, dass die Programmfelder jetzt entspre-

chend beschlossen wurden, ist es gleichzeitig, so effizient wie möglich nordrhein-westfälische Institutionen und Unternehmen dazu zu motivieren, in den Wettbewerbsprozess um die Vergabe von Forschungs- und Technologiemiteln einzusteigen.

Aus der aktuellen Arbeit ist vielleicht nicht nur vom Timing, sondern auch vom Lobbyingansatz her die europäische Chemikalienpolitik zu erwähnen. Sie ist für Nordrhein-Westfalen als dem größten Chemiestandort in der Bundesrepublik mit einer Vielzahl von mittelständischen Unternehmen und Zehntausenden Arbeitsplätzen von großer Bedeutung. Am Tag der Abstimmung im Umweltausschuss des Europäischen Parlaments zu REACH hat eine Veranstaltung des Europaministers Michael Breuer mit dem VCI in Brüssel direkt vor Ort stattgefunden, sodass wir die Gelegenheit nutzen konnten, unsere Position noch einmal deutlich zu machen, was auch die entsprechende Wirkung bei den Abgeordneten und den anderen relevanten Kreisen in Brüssel erzeugt hat.

Ähnliches gilt für den Einsatz für die europäische Kulturhauptstadt. Die Hauptarbeit ist natürlich von den Essenern und den Ruhrgebietsstädten geleistet worden. Wir haben aber durch unterstützende, proaktive Maßnahmen ein entsprechendes Klima auch in der Landesvertretung und auf der europäischen Ebene geschaffen.

Es ist, was die Perspektive anbelangt, sowohl mit Ruhr 2010 als auch mit den nordrhein-westfälischen Europaabgeordneten vereinbart, einen Spannungsbogen bis 2010 aufzubauen. So werden wir beispielsweise gemeinsam mit den nordrhein-westfälischen Europaabgeordneten im kommenden Sommer eine Ausstellung im Europäischen Parlament zum Ruhrgebiet und zur Ruhr-Kulturhauptstadt organisieren. Wir werden über die nächsten vier Jahre ein Rahmenprogramm aufstellen, und zwar gemeinsam mit Ruhr 2010 und anderen betroffenen Interessierten, sodass sich das Thema „Kultur im Wandel - Wandel durch Kultur“ in den nächsten Jahren wie ein roter Faden durch die Arbeit der Landesvertretung ziehen wird.

Vielleicht noch ein paar Worte zu dem Thema Medien. Über Medien und den Medienstandort ist heute schon diskutiert worden. In der Tat haben auch in der Vergangenheit regelmäßig eine Vielzahl von Veranstaltungen stattgefunden, was sehr wichtig ist, wenn Sie im Konzert von 250 anderen Regionen - ganz abgesehen von den unterschiedlichen Unternehmen und Verbänden, die in Brüssel tätig sind - deutlich machen müssen, dass Sie eine klare Sprache sprechen. Um diese klare Sprache, diese klare Kennung, diese nordrhein-westfälische Handschrift zu präsentieren, planen wir, mehr Reihenformate einzusetzen.

Durchgeführt haben wir, beispielsweise in dem Bereich Medien und neue Märkte, eine Veranstaltung zur RFID und eine Veranstaltung zur Fernsehrichtlinie, wo Berichterstatterin die Europaabgeordnete Ruth Hieronymi aus Bonn ist. Wir werden das fortsetzen und sind mit nordrhein-westfälischen Institutionen, unter anderem der Landesmedienanstalt, aber auch anderen im Dialog, wie wir dort ein Reihenformat darstellen können.

Dasselbe tun wir im Bereich der Forschungs- und Technologiepolitik, die die Aktivitäten im nächsten halben Jahr maßgeblich bestimmen wird. Zehn Veranstaltungen

gen stehen diesbezüglich auf dem Programm. Drei davon, eine Auftaktveranstaltung mit dem stellvertretenden Ministerpräsidenten und Innovationsminister Andreas Pinkwart sowie gestern eine zu Smart-Systems mit den entsprechenden Unternehmen und Forschungsakteuren aus Nordrhein-Westfalen und eine weitere haben stattgefunden. Sieben werden Anfang des nächsten Jahres folgen.

Wir sind das einzige Bundesland, das in Brüssel mit einer solchen Reihe auftritt und von daher eine deutliche Kennung aufweist, über welche hochinnovativen Unternehmen und Forschungsinstitute wir verfügen. Wir finden sehr hohen Widerhall bei Vertretern aus der Europäischen Kommission, die zu diesen Veranstaltungen kommen, wo ein Networking zwischen den Akteuren stattfindet und darüber hinaus gleich neue Projektideen entstehen, sodass wir sehr hoffnungsvoll sind, dass gerade mit einer solchen Reihe a) Nordrhein-Westfalen in Brüssel präsent ist, b) die Europafähigkeit, die Motivation, sich an entsprechenden Programmen zu beteiligen, bei nordrhein-westfälischen Akteuren steigt und c) wir in der Mitte, aber auch am Ende der Forschungsperiode und bei der Vorbereitung auf das 8. Forschungsrahmenprogramm besser aufgestellt sind, noch besser aufgestellt sind, als wir es bislang waren.

Ich lasse es mit Blick auf die Uhr - es ist 12:51 Uhr - bei diesen ersten Anmerkungen bewenden, stehe Ihnen aber für Fragen und Anregungen natürlich gerne zur Verfügung und würde mich darüber hinaus freuen, wenn der Hauptausschuss wie im vergangenen Jahr auch im nächsten Jahr die Gelegenheit nutzen würde, zu einer Sitzung nach Brüssel zu kommen, um sich einen Überblick über die Arbeit der Landesvertretung vor Ort zu verschaffen.“

Über das von Herrn Stein gerade Vorgetragene hinaus - die darin enthaltenen Punkte bezeichnet **Markus Töns (SPD)** als Business as usual - interessiere ihn, welche für Nordrhein-Westfalen wichtige Themen gerade in Brüssel auf der Tagesordnung ständen, welche Position die Landesregierung dazu jeweils einnehme, welche eigenen Themen sie außerdem in Brüssel auf welche Weise platzieren wolle, was die Landesvertretung mit „Vorfeldbeobachtung“ oder „Frühwarnsystem“ verbinde und mit welchen Partnerregionen sie Kontakte pflege.

Ilka von Boeselager (CDU) erkundigt sich nach eventuellen Veränderungen in der Mitarbeiterstruktur der Landesvertretung. Damit greife sie die von der CDU damals als Opposition formulierte Kritik auf, es fehlte an der notwendigen Vernetzung zur Staatskanzlei insofern, als die Mitarbeiter der Landesvertretung zu sehr fokussiert auf die einzelnen Ministerien gearbeitet hätten, und dies im Gegensatz zu dem, wie die bayerische Landesvertretung verfahren wäre.

Außerdem möchte die Abgeordnete etwas über die Schwerpunkte für das kommende Jahr erfahren.

Claudia Nell-Paul (SPD) versteht nicht, warum gerade Kritik an der immer schon erfüllten und auch zukünftig notwendigen Aufgabe der Landesvertretung, eine Plattform für Landesregierung und Ministerien zu bieten, geäußert worden sei.

Für sie stehe im Mittelpunkt etwas anderes, nämlich wie die Landesvertretung ihre Dienstleistung für den Landtag Nordrhein-Westfalen verstehe beziehungsweise wie sie meine, es schaffen zu können, einen Dialog zwischen dem nordrhein-westfälischen Landtag mit seinen Abgeordneten und dem Europäischen Parlament zustande zu bringen und eine Verknüpfung der politischen Inhalte herzustellen. - Was beispielsweise die eben erwähnte EU-Fernsehrichtlinie anbelange, so bewege sie zwar sämtliche Medienpolitiker, doch eine Beteiligung des Hauptausschusses habe nicht stattgefunden. - Dialog und Verknüpfung halte sie jedoch für dringend erforderlich.

In diesem Zusammenhang wüsste sie gerne, welche inhaltlichen Profile und welches Eigenprofil die Landesvertretung anstrebe. In diesen Komplex gehörten sicherlich die Reihenformate, über die sie Näheres zu erfahren wünsche.

Das Thema „Kulturhauptstadt Europas“ müsse die Landesvertretung über die gesamten nächsten Jahre in die Agenda aufnehmen und beantworten, wie sie nicht nur die Region, sondern den Landtag Nordrhein-Westfalen einzubinden beabsichtige und welche Veranstaltungen sie diesbezüglich plane. Bedauerlicherweise hätten zur 60-Jahr-Feier des Landes keine Aktivitäten in Brüssel stattgefunden: eine vergebene Chance, die Stärken des Landes zu betonen, und das in Brüssel, wo sich die Lobbyingarbeit angesichts der vielen Akteure vor Ort ohnehin sehr schwierig gestalte.

Mit „Business as usual“ nicht korrekt bezeichnet skizziert **Hans H. Stein** die Arbeit der Landesvertretung in den ersten Monaten, denn nicht zuletzt habe man sich gemeinsam mit dem Europaminister erst einmal um die Funktionsfähigkeit einer Datenbank zum Aufbau einer Struktur bemühen müssen, um relevante Ansprechpartner tatsächlich auch auf elektronischem Wege informieren zu können.

Außerdem gehöre dazu mit herausgehobener Priorität eine interne Modernisierung der Strukturen der Landesvertretung, gekoppelt mit einer Zusammenführung und Motivation der Mitarbeiterschaft.

Hätten Mitarbeiter der Landesvertretung in der Vergangenheit manchmal als abgescho-ben gegolten, freue es ihn, dass die CDU/FDP-Landesregierung es sich zur Pflicht gemacht habe, über regelmäßige Leitungsklausuren das Thema Europa in den Häusern zu verankern; Leitungsklausuren, in denen ein regelmäßiger Meinungs-austausch zwischen den Mitarbeitern der Landesvertretung, denen der einzelnen Häuser und denen der Staatskanzlei sowie darüber hinaus mit den Kolleginnen und Kollegen der Landesvertretung in Berlin erfolge.

Europäische Lobbyarbeit setze nicht nur eine Vertretung in Brüssel voraus, sondern einen direkten Draht zur Bundesregierung, die immerhin ein Siebenundzwanzigstel des Gesetzgebers im Europaparlament darstelle. Denn Erfolg auf Feldern wie der Chemika-lienpolitik und der Strukturpolitik bringe nämlich nur ein vernetztes Vorgehen.

Diesen Vernetzungsgedanken stärke auch das von der Landesregierung gerade verabschiedete, unter Heranziehung der Beschäftigten der Brüsseler und der Berliner Landesvertretung entwickelte Rotationskonzept mit der Zielsetzung, die Tätigkeit an den beiden Landesvertretungen als Exzellenzinitiative und Herausforderung zu begreifen, damit sich die Besten um eine solche Tätigkeit bemühten. Diesen Weg beschreite auch

der Freistaat Bayern. An der Auswahl der aus den einzelnen Häusern Abzuordnenden wirkten Staatskanzlei und Landesvertretungen mit, was eine enge Abstimmung zwischen den Ressorts, der Staatskanzlei und den jeweiligen Vertretungen bedinge.

Aufgrund der Haushaltslage bleibe die Anzahl der Beschäftigten der Landesvertretung auf rund 26 beschränkt und erlaube somit keine Spiegelung eines jeden Ressorts durch einen Mitarbeiter, wie dies beispielsweise in der bayerischen Landesvertretung mit zum Teil sogar drei bis vier Mitarbeitern für einige Ressorts geschehe. Insofern könnte er sich durchaus personelle Unterstützung vorstellen, wobei Nordrhein-Westfalen natürlich durch die Nähe zu Brüssel, die Kommunikationsstrukturen und die Präsenz der Leitungsebenen und Fachebenen in Brüssel durchaus ein Prä gegenüber anderen Bundesländern besitze.

Mit ihren Schwerpunktthemen richte sich die Landesvertretung natürlich nach den Schwerpunktthemen während der deutschen Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2007. Rangiere also bis zum Frühjahrsgipfel das Thema Energiepolitik ganz oben auf der Agenda, heiße das für die Landesvertretung, nicht nur die Gespräche mit Kommissar Piebalg, seinem Kabinettschef Kesteris und den Generaldirektionen zu intensivieren, sondern auch, wie in den letzten sechs Wochen gemeinsam mit RAG oder RWE viel beachtete energiepolitische Veranstaltungen zu initiieren. Hervorheben wolle er zudem den Aspekt „Energieforschungsland Nordrhein-Westfalen“. Beide Themen zusammen markierten wiederum eine klare nordrhein-westfälische Handschrift.

Seines Erachtens hätten in der Vergangenheit sicherlich viele gute Einzelinitiativen stattgefunden, leider nur ohne die klare Kennung mit der Folge, dass in Brüssel beispielsweise das „Medienland Nordrhein-Westfalen“ nicht wahrgenommen worden sei. Diesbezüglich hätten Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und Bayern eine klare Handschrift gezeigt. Die nordrhein-westfälische Landesvertretung versuche jetzt ebenso, dieses umzusetzen, sprich: die Aktivitäten zu bündeln und dann entsprechend zu penetrieren. Denn warum sollte man mit einem Einzelformat auftreten, wenn es doch möglich wäre, alle Aktivitäten einer Sparte in einer Reihe unter der Überschrift etwa „Neue Medien - neue Märkte“ - das neue Nordrhein-Westfalen oder „NRW: Ideen und Innovationen“ zusammenzufassen.

Wolfram Kuschke (SPD) unterbreitet angesichts der fortgeschrittenen Zeit den Verfahrensvorschlag, die Diskussion auf die nächste Sitzung zu verschieben, dann unter Einbeziehung des Komplexes „Gebäude/Standortsuche“.

Was die Inhalte der Europapolitik anbelange, sehe er aufgrund der Ausführungen von Herrn Stein keine neuen Themen. Minister Breuer gebühre Dank, dass er vor Kurzem bei dem Thema Reach in sehr fairer Art und Weise Kontinuität dargestellt habe.

Zu den Stichworten Kabinettsitzungen, Leitungsklausuren und Personalentwicklungskonzept: Er fände es gut, setzte die Landesregierung auch diesbezüglich manches fort. Wenn sie jedoch den Anspruch, ein neues Nordrhein-Westfalen müsste sich auch in der Arbeit der Landesvertretung niederschlagen, hegte, interessierten ihn ihre entsprechenden Pläne.

Ralf Witzel (FDP) verweist auf die zahlreich um 13:00 beziehungsweise 13:30 Uhr beginnenden Sitzungen anderer Ausschüsse. Von daher bestehe keine Gelegenheit zu einer qualifizierten Beratung weiterer zusätzlicher Tagesordnungspunkte. Diese Sitzung sollte infolgedessen jetzt beendet werden.

Vorsitzender Werner Jostmeier bestätigt die im Hauptausschuss getroffene Vereinbarung, die Sitzungen möglichst jeweils um 13 Uhr zu schließen.

Der Ausschuss müsse entscheiden, den laufenden Tagesordnungspunkt jetzt zu beenden und ihn in die Einladung zur nächsten Sitzung wieder aufzunehmen oder nicht und ob er noch die zwei weiteren Tagesordnungspunkte behandeln wolle. Bei Punkt 4 wäre eine Vertagung ohne Weiteres machbar, bei Punkt 5 hätte er nur eine kurze Information zu geben.

Für **Sylvia Löhrmann (GRÜNE)** ist nicht nachvollziehbar, weshalb man nicht endlich in Tagesordnungspunkt 4 einsteige. Schließlich habe eine Anhörung stattgefunden und es kursierten Gerüchte um eventuelle Änderungen. Dazu wüssten die Grünen, um das Ganze erneut bewerten zu können, von den Regierungsfractionen und der Landesregierung gerne mehr. Offenbar aber empfänden beide dieses Thema als sehr unangenehm.

Punkt 5 lässt sich nach Ansicht von **Ralf Witzel (FDP)** in zwei Sätzen abhandeln. Danach sollte die Sitzung geschlossen und der heute unter vier vorgesehene Punkt „Verfassungsschutzgesetz“ in der Sitzung am 30. November als erster aufgegriffen werden.

Vorsitzender Werner Jostmeier wertet dies als Antrag zur Geschäftsordnung.

In seiner Gegenrede bringt **Dr. Karsten Rudolph (SPD)** zum Ausdruck, als wie ungehörig er es einstuft, dass die Koalitionsfractionen das Thema Verfassungsschutzgesetz zum zweiten Male wegdrückten und zum zweiten Male der Staatssekretär des Inneren hier nicht zu Wort komme.

Ferner erscheine es ihm auch unangemessen, dass die Partei, die von sich behauptete, für den liberalen Rechtsstaat zu stehen, dieses Thema ebenso hinausschiebe.

Entweder also steige man jetzt in das Thema ein oder verständige sich auf eine Sondersitzung des Hauptausschusses.

Der **Ausschuss** spricht sich mit den Stimmen der Fractionen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen dafür aus, den Tagesordnungspunkt 4 „Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den Verfassungsschutz in Nordrhein-Westfalen (Verfassungsschutzgesetz Nordrhein-Westfalen - VSG NRW -), Gesetzentwurf der Landesregierung, Drucksache 14/2211“ heute nicht zu beraten.

Vorsitzender Werner Jostmeier kündigt an, den Punkt in die Tagesordnung für die nächste Sitzung aufzunehmen, es sei denn, jemand beantrage eine Sondersitzung.

6 Verschiedenes

a) Informationsreise des Hauptausschusses nach Berlin anlässlich der Berlinale

Der **Vorsitzende** plädiert dafür, der guten Tradition folgend einen solchen Besuch auch im Jahre 2007, und zwar am 11. und 12. Februar, durchzuführen, um dann unter anderem mit Festivalleiter Dieter Koslick zusammenzutreffen.

Wolfram Kuschke (SPD) möchte das Besuchsprogramm en détail noch einmal in kleinerer Runde erläutern und bringt den Gedanken ein, sich eventuell auf das Thema Film zu konzentrieren.

b) Termin 5. Dezember 2006, 14 Uhr

Vorsitzender Werner Jostmeier gibt bekannt, in einer Sitzung am 5. Dezember solle, wie von Edgar Moron (SPD) seinerzeit gewünscht, eine Information über die rechtsradikale Musikszene, deren Tendenzen und Methoden, erfolgen.

Abstimmungen würden bei dieser Veranstaltung nicht durchgeführt. Eventuell könnte zusätzlich über die Erfahrungen mit dem Testlauf zum Subsidiaritätsprinzip gesprochen werden. Dies würde er rechtzeitig mit den Fraktionen abstimmen.

Es handele sich bei diesem Termin um keine offizielle Sitzung des Hauptausschusses. Die Teilnahme sei freiwillig.

Ilka von Boeselager (CDU) ist nicht einverstanden, dass bei dieser Zusammenkunft weitere Themen erörtert werden.

c) Ankündigungen von Wolfram Kuschke (SPD)

Wolfram Kuschke (SPD) kündigt eine Entscheidung seiner Fraktion über die Beantragung einer Sondersitzung zu dem ehemaligen Tagesordnungspunkt 4 - Verfassungsschutzgesetz - an, ebenso den Wunsch seiner Fraktion, den Punkt 3 der heutigen Tagesordnung - Landesvertretung NRW in Brüssel - erneut aufzugreifen und ist der Ansicht, es müsse deutlicher gemacht werden, zu welchen Tagesordnungspunkten die Fraktionen Berichte in welcher Form erwarteten.

gez. Werner Jostmeier

Vorsitzender

Anlage

be/26.02.2007/02.03.2007

